



# **Haushaltsrede zum Kreishaushalt 2025/2026**

des Vorsitzenden der  
CDU-Fraktion  
im Kreistag des Kreises Unna

**Marco Morten Pufke**

gehalten am 10. Dezember 2024

**Es gilt das gesprochene Wort!**

**Fraktionsvorsitzender:**  
Marco Morten Pufke

**Kontakt:**  
Friedrich-Ebert-Str. 17, 59425 Unna  
Tel. 02303 / 27 – 2605  
[info@cdu-kreistagsfraktion-unna.de](mailto:info@cdu-kreistagsfraktion-unna.de)  
[www.cdu-kreistagsfraktion-unna.de](http://www.cdu-kreistagsfraktion-unna.de)

**Bürozeiten:**  
Mo. – Fr. 09.00 Uhr – 12.00 Uhr  
Gespräche nach Vereinbarung

Sehr geehrter Landrat Löhr,  
sehr geehrter Kreisdirektor Janke,  
verehrte Kolleginnen und Kollegen,  
sehr geehrte Damen und Herren,

bei der Einleitung meiner Haushaltsrede kann ich mich auf die Rede aus dem vergangenen Jahr beziehen:

Wir haben es weiterhin mit multiplen Krisenherden zu tun. Die ungesteuerten Migrationsbewegungen nach Europa, die Nachbeben der Pandemie, der russische Angriffskrieg auf die Ukraine, die einbrechende Konjunktur und der Krieg im Nahen Osten – Gaza, Libanon, Syrien. Der Blick über den großen Teich trägt ebenfalls nicht gerade zur Beruhigung bei und birgt weitere Unsicherheiten. Das freie Europa wird sich verstärkt selbst um seine Sicherheit kümmern müssen.

Die Folgen dieser Krisen und ihre Auswirkungen schlagen nun deutlich auf die kommunale Familie durch.

Die kommunalen Haushalte sind am Anschlag und die verfassungsrechtlich garantierte kommunale Selbstverwaltung ist gefährdet. Das zeigt sich insbesondere in der mittelfristigen Finanzplanung – hier gilt vielfach das Prinzip Hoffnung.

„Die Hoffnung stirbt zuletzt. Aber sie stirbt.“

Ja, kann man so sehen. Aber mir ist dieser Ausspruch aus der Rede des Kreisdirektors dann doch etwas zu fatalistisch.

Gleichwohl kann die CDU-Fraktion viele der angesprochenen Thesen aus der Rede des Kreisdirektors unterschreiben.

Wir beklagen ebenfalls die anhaltende Unterfinanzierung der kommunalen Familie durch den Bund bei der Eingliederungshilfe – zweifelsohne eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe.

Auch ein wiederkehrendes Thema ist die Höhe des Verbundsteuersatzes, die, seit deren Absenkung unter Ministerpräsident Johannes Rau, von der kommunalen Familie unabhängig von der Parteizugehörigkeit stets kritisiert wurde und wird – zu Recht.

Helfen würde es der kommunalen Familie schon, wenn das einfache Prinzip „Wer bestellt, bezahlt“, sprich das Konnexitätsprinzip, eingehalten würde.

Zustimmen können wir auch der Forderung, das Dickicht an Fördertöpfen zu lichten oder zumindest die vielfach unnötig komplizierten Förderrichtlinien deutlich zu vereinfachen. Ich denke hier auch – aber nicht nur – an die Ausgestaltung des 5-Standorte-Programms. Ein Bürokratiemonster, das bislang zwar Planungskosten in beträchtlicher Höhe verschlungen, aber noch keinen einzigen Arbeitsplatz geschaffen hat – außer in Planungsbüros und Beraterfirmen vielleicht.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

der Kreishaushalt ist bekanntermaßen im Wesentlichen ein Umlagehaushalt, der wiederum selbst Umlagen bedienen muss. Namentlich sind das die RVR- und die LWL-Umlage.

Das von mir in den letzten beiden Haushaltsreden angesprochene Szenario einer NWL-Umlage nimmt langsam konkrete Formen an.

Die CDU-Kreistagsfraktion begrüßt an dieser Stelle ausdrücklich, dass wir die Fragestellungen beim NWL in einer Sondersitzung des Kreistages im Januar beraten werden. Das Thema ist zu wichtig und hat zu weitreichende Konsequenzen für künftige Haushalte, als dass man es unter „ferner liefen“ abhandeln könnte.

Meine Damen und Herren,

die CDU-Kreistagsfraktion hat in den vergangenen Jahren ein ums andere Mal ein Umdenken und Umsteuern eingefordert. Und wir können feststellen, dass ein Umdenken stattgefunden hat und ein Umsteuern einsetzt – zumindest in Teilbereichen:

Ökologiestation:

Die aktualisierten Planungen für eine Sanierung im Bestand im Sinne eines Gesamtkonzeptes sind vom Ursprung her genau das, was die CDU-Kreistagsfraktion seit jeher gefordert hat. Ich verweise in diesem Zusammenhang auf den Beschluss des Kreistages von Oktober 2019 und auch auf unseren Antrag „Investitionsmittel Ökologiestation“ aus dem Dezember 2019. Jetzt wird genau das umgesetzt, was wir bereits vor 5 Jahren gefordert haben.

Mit der Nummer: „Realisierung Neubau bei gleichzeitigem Verfall der Bestandsgebäude“ wären wir zweifelsohne heiße Kandidaten für das Schwarzbuch der Steuerzahler geworden.

Gut, dass hier Vernunft eingekehrt ist. Dafür ein großes Lob an den zuständigen Dezernenten Adrian Kersting für die schlüssige Ausarbeitung!

Gefahrenabwehrzentrum:

Das in der Planung befindliche Gefahrenabwehrzentrum fußt auf unserem Antrag für eine Machbarkeitsstudie zur Weiterentwicklung der bestehenden Kreisleitstelle zur Bündelung von infrastrukturellen und personellen Ressourcen in den Bereichen Feuerwehr, Rettungsdienst und Polizei nach dem Vorbild des Rettungszentrums des Kreises Soest, der im März 2021 einstimmig vom Kreistag beschlossen worden ist. Dass es im kommenden Jahr mit den Planungen nun konkreter wird freut uns sehr und erfährt die Unterstützung der CDU-Fraktion. Der Schutz der Bevölkerung ist Kernaufgabe des Staates.

Nullrunde beim Stellenaufwuchs:

Die zehn Kämmerer der kreisangehörigen Städte und Gemeinden, die Gemeindeprüfungsanstalt als auch die CDU-Kreistagsfraktion haben den Stellenaufwuchs in den vergangenen Jahren wiederholt kritisiert.

Nun endlich die Kehrtwende und eine Nullrunde – gut so!

Der Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zum zweiten Klimaschutzmanager zeigt, wie es genau nicht laufen darf bzw. nicht mehr laufen darf: Nämlich Fördermittel Dritter durch kommunale Finanzmittel zu ersetzen!

Außerdem:

Es ist nicht zu rechtfertigen, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bei der Prüfung und Bescheidung von BIMSCH-Verfahren am Anschlag arbeiten, aber beim Klimaschutzmanagement aufgestockt wird.

Defizit beim ÖPNV:

Die CDU-Kreistagsfraktion hat schon unter meinem Vorgänger Wilhelm Jasperneite das Ergreifen von Maßnahmen angemahnt, die mittelfristig zu einer Senkung des Defizits der VKU führen.

Die neue Methodik bei der Aufstellung des NVP ist diesbezüglich der richtige Ansatz. Mit der Einführung einer neuen Methodik als objektive Grundlage ist der Nahverkehrsplan nun gegenüber allen kreisangehörigen Kommunen so transparent und fair gestaltet wie noch nie.

Und ich betone hier auch noch einmal: Es wird nichts gestrichen!

Der Nahverkehrsplan bietet das Grundgerüst.

Jede Kommune kann aber selbst entscheiden, welche Binnenverkehre sie erhalten möchte oder – auch das ist möglich – neu auflegen will. Und sollten Linien belegbar in die Kategorie der Y-Buslinien passen, wird der Kreis Unna diese Linien selbstverständlich hochstufen und in die Mitfinanzierung gehen.

Der Nahverkehrsplan ist als „atmendes System“ zu verstehen, das immer wieder überprüft werden kann und wird.

Aber, im Unterschied zu früher, mit einer, wie bereits erwähnt, klaren, nachvollziehbaren Methodik, die sowohl Transparenz als auch Kostenbewusstsein schafft.

Ich möchte an dieser Stelle dem interfraktionellen Arbeitskreis unter Leitung des Kreisdirektors für die gute Arbeit danken. Dieser Dank gilt auch und insbesondere den aus meiner Fraktion am Arbeitskreis beteiligten, Wilfried Feldmann und Michael Zolda – well done – wie man auf neudeutsch sagt.

Mit dem neuem NVP wird bei ausreichender Versorgung zumindest eine Kostendämpfung erreicht. Die im Übrigen in der Zeitlinie deutlich höher ausfällt als in der Verwaltungsvorlage angegeben ist. Hier sollten wir unser Licht nicht unter den Scheffel stellen.

Weitere Potentiale liegen im operativen Geschäft bzw. Betrieb der VKU. Dort sind die strukturellen Veränderungen eingeleitet und werden in den Gremien – Aufsichtsrat und Gesellschafterversammlung – bearbeitet. Gleiches gilt für die Weiterentwicklung unserer VBU zu einer echten Management-Holding mit strategischer Lenkungsfunktion, deren Ausgestaltung den zuständigen Gremien obliegt. Eine Einmischung in das operative Geschäft der Töchter GWA, UKBS, VKU und WFG ist dabei ausdrücklich nicht vorgesehen.

Interkommunale Zusammenarbeit:

Von allen im Abstrakten gewollt. Aber wenn es konkret wird, setzt dann doch wieder das allenthalben beklagte Kirchturmdenken ein. Bloß nichts abgegeben, lautet dann die Devise. Voraussetzung für das Gelingen einer interkommunalen Zusammenarbeit auf den verschiedenen Ebenen ist aber der Wille zur Kooperation und der Wille zum Ausgleich der unterschiedlichen Interessen – vulgo: Geben und Nehmen.

Mit zwei Anfragen zum Themenkomplex interkommunale Zusammenarbeit hat die CDU-Fraktion im Laufe dieses Jahres Bereiche benannt, bei denen wir Potenzial sehen.

Einige Themen sind auf dem Weg, andere warten noch darauf in die Bürgermeisterrunde eingespeist zu werden:

- Finanzierung Verbraucherberatung
- Gesundheitshäuser
- Nebenstellen Gesundheitsamt
- Bewirtschaftung kreiseigener Liegenschaften
- usw.

Ich verweise diesbezüglich auf meine Ausführungen in der Haushaltsrede des vergangenen Jahres. Bei diesen Punkten ist bislang nichts oder wenig passiert, da werden wir nicht lockerlassen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

die differenzierte Kreisumlage ist bereits in den vergangenen Jahren zu einem übergroßen Aufwandsposten für unsere drei Jugendamtskommunen Bönen, Holzwickede und Fröndenberg geworden.

Eine Übertragung der Aufgaben des Kreisjugendamtes auf die Kommunen ist auf Initiative der CDU-Kreistagsfraktion einer intensiven Überprüfung unterzogen worden. Die rechtliche Prüfung auf Anfrage der CDU hat ergeben, dass eine Übertragung weiterhin nur im Falle der Stadt Fröndenberg möglich ist. Zumindest herrscht in diesem Punkt nun Klarheit. Klarheit herrscht auch bezüglich der Steigerung der Zahllast – sie ist – so schmerzlich das auch sein mag – plausibel begründet.

Gleichwohl entlässt uns das nicht aus der Verantwortung auch in diesem Bereich nichts unversucht zu lassen, die Kostensteigerungen zumindest zu dämpfen.

Deshalb begrüßen wir ausdrücklich den Antrag der SPD-Fraktion, der die Installation einer gemeinsamen Einrichtung zur stationären Unterbringung von Kindern und Jugendlichen zum Ziel hat.

Martina Plath, Martina Eickhoff und ich haben für diesen Antrag bereits die Hand gehoben.

Schließlich hat der Rat der Stadt Bergkamen einen ähnlich lautenden Beschluss auf Initiative der CDU-Ratsfraktion am

21. November einstimmig gefasst und ich weiß, dass der Bürgermeister unserer Kreisstadt Unna, Dirk Wigant, ähnliche Pläne verfolgt.

Sie rennen also bei uns sperrangelweit offene Türen ein.

Den Antrag von Bündnis 90/Die Grünen zur Streichung der kostenfreien Kreisrundfahrten, werden wir nicht mittragen. Die Grünen dokumentieren damit – erstmals – Sparwillen, aber an der falschen Stelle.

Ein Blick in die Bilanz der Kreisrundfahrten aus dem Jahr 2023 genügt, um zu erkennen, dass die Kreisrundfahrten einen Mehrwert für die Bürgerinnen und Bürger bringt. 50 Fahrten mit einer Bus-Kapazität von jeweils 48 Personen wurden durchgeführt. Rund 2.400 Personen aus dem Kreisgebiet haben teilgenommen. Die Nachfrage ist deutlich größer als das Angebot und wir sollten auch weiterhin das Erkunden des Kreisgebietes und damit die Identifikation mit dem Kreis Unna fördern.

Sehr geehrter Herr Landrat Löhr,

und nun zum Jugendkreistag:

Die im Jugendkreistag engagierten, hochmotivierten jungen Leute leisten großartige Arbeit, die die CDU-Kreistagsfraktion gerne unterstützt. Unsere Kreistagsmitglieder Vera Volkmann und Dr. Tilman Rademacher sind zuverlässige und gern gesehene Ansprechpartner der Jugendkreistagsmitglieder.

Wir erwarten, dass der einstimmig vom Kreistag beschlossene Jugendkreistag vom vorhandenen Personal gut betreut wird. Dabei verschließen wir uns nicht einer konzeptionellen Überarbeitung, um den Aufwand für die Kreisverwaltung zu minimieren. Es müssen beispielsweise nicht immer alle Dezernenten bei den Sitzungen anwesend sein. Lassen Sie uns gemeinsam überlegen, wie eine Weiterentwicklung aussehen könnte. Gemeinsam mit den engagierten jungen Leuten – nicht über ihre Köpfe hinweg.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

man kann auch bei diesem Haushalt trefflich über die ein oder andere Haushaltsstelle streiten.

Beispielhaft seien hier die investiven und konsumtiven Mittel aus dem Klimatopf in Höhe von 500.000 € jährlich genannt. Von denen ist bislang kaum ein Euro abgeflossen, weil es keine sinnvollen Projekte auf Kreisebene gegeben hat.

Großes Lob an die Kreisverwaltung, dass das Geld nicht einfach „irgendwie“ verausgabt wurde.

Meine Damen und Herren,

insgesamt und zusammenfassend kann ich aus Sicht meiner Fraktion folgendes feststellen:

Wesentliche Forderungen der CDU-Kreistagsfraktion sind in den Fokus gerückt und werden in unserem Sinne bearbeitet.

Ein Umsteuern ist – endlich – erkennbar.

Die CDU-Kreistagsfraktion Unna wird dem Doppelhaushalt 2025/2026 zustimmen!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

unser Dank gilt auch in diesem Jahr dem Kreiskämmerer Mike-Sebastian Janke – in diesem Fall letztmalig – und dem Leiter des Steuerungsdienstes Ferdinand Adam sowie allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Kreisverwaltung für die Erarbeitung des Haushaltsentwurfes 2025/2026.

Und wie in den letzten Jahren sei auch das Folgende gesagt, das nicht in jedem Rat bzw. in jedem Kreistag selbstverständlich ist:

Die Gesprächskultur zwischen den Fraktionen ist bei allen inhaltlichen Unterschieden in der Regel sachlich und von gegenseitigem Respekt geprägt. Ich hoffe, dass dies auch in der kommenden Wahlperiode so sein wird.

Meiner Fraktion danke ich für die gute Zusammenarbeit und das mir entgegengebrachte Vertrauen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

ich wünsche Ihnen im Namen der CDU-Kreistagsfraktion eine besinnliche Adventszeit, ein gesegnetes Weihnachtsfest und einen guten Start in das neue Jahr 2025 verbunden mit dem Wunsch nach Frieden in der Ukraine und in Nahost.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!